

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	3. Februar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

Punkt 10 der Tagesordnung: Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren in den Stadtteilen
Vorlage: 2015/0020

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - die Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren in den Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:

5 Nein-Stimmen, ansonsten Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf der erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Hier erfüllen wir unsere Zusage, dass wir Grundsätze aufstellen wollen, um Bürgerzentren in den Stadtteilen durch entsprechende Mietzuschüsse zu fördern. Wir haben im Rahmen der Diskussion des Hauptausschusses die Vorlage noch einmal verändert, haben jetzt auf Wunsch der Grünen die Angebote für verschiedene Generationen in die Vorlage als verpflichtende Grundlage mit hineingenommen. Dann haben wir die übrigen drei Kriterien dahingehend eingedampft, dass davon mindestens eines erfüllt sein muss. Sie haben das der veränderten Vorlage entnommen. Ich hatte Ihnen aber auch im Hauptausschuss schon zugesagt, dass wir die weitere Entwicklung der Bürgerzentren natürlich beobachten müssen. Denn in der Tat soll es am Ende ein offenes Angebot werden, das nicht nur alle Generationen, sondern auch ganz verschiedene Zielgruppen anspricht, und auch ein Hort des sozialen Treffpunkts, aber auch des bürgerschaftlichen Engagements aus dem Stadtteil heraus werden soll, das sich dann aber auch offen gegenüber neuen Entwicklungen und neuen Gruppen im Stadtteil erweisen muss. Denn es soll hier keine Closed-Shop-Veranstaltung für bestimmte einzelne Initiativen und Zielgruppen werden.

Wir sehen damit eine gute Möglichkeit, Anreize dafür zu schaffen, dass es zum einen kleine Zentren des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements, aber auch des Treffpunkts in den Stadtteilen gibt. Andererseits unterstützt man dieses Ehrenamt und dieses bürgerschaftliche Engagement der Vereine, aber auch anderer Initiativen, durch

die Ermöglichung einer Hardware, einer Infrastruktur. Darüber hinaus ist aber noch daran gedacht - auch das haben wir klar gesagt -, dass wir hier in eine hauptamtliche Förderung einsteigen wollen. Das können einzelne Vereine oder Initiativen natürlich über bestimmte Projekte bewerkstelligen, aber es ist nicht Teil des städtischen Angebots. Auch das haben wir mehrfach ausdrücklich betont.

Damit schaffen wir noch einmal einen Anreiz, auch in den Stadtteilen nachzurüsten, in denen es solche Bürgerzentren im Moment nicht gibt. Das ist ein wesentlicher Impuls, den wir hier an der Stelle mit überschaubarem Mitteleinsatz leisten. Wir stabilisieren die Bürgerzentren, die es auf diese Weise heute schon gibt, und leisten damit einen guten Beitrag dazu, dass eine Großstadt wie Karlsruhe immer nur so erfolgreich sein kann, wie sich die Bürgerinnen und Bürger in ihren einzelnen Stadtteilen oder Quartieren zuhause fühlen, wie sie hier Treffpunkte vorfinden, um etwas zu erleben, sich auch zu treffen, ihr Vereinsengagement umzusetzen und damit ein Stück Heimat in ihrem Stadtteil oder ihrem Quartier finden, was ihnen ermöglicht, auch in der Gesamtstadt heimisch zu werden. Mit dieser Dualität der Identitäten, die überhaupt nicht im Widerspruch zueinander steht, machen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern ein sehr gutes Angebot.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die Beschlussvorlage zu Tagesordnungspunkt 9 musste ich aus formalen Gründen tadeln. Die zu Tagesordnungspunkt 10 darf ich ausdrücklich inhaltlich loben. Sie haben es eben ausgeführt. Bürgerzentren sind soziale Treffpunkte, sind Orte bürgerschaftlichen Engagements. Wir könnten auch sagen, es sind Orte der Integration und des Miteinanders.

Wenn wir über die Stadtteile schauen, dann stellen wir fest, dass es in manchen Stadtteilen Bürgerzentren gibt und in anderen nicht. Ich selbst komme aus einem Stadtteil, aus der Nordweststadt, wo wir uns seit Jahren um ein Bürgerzentrum bemühen. Von den Grundsätzen, die wir heute verabschieden - auch das haben Sie angedeutet, Herr Oberbürgermeister -, kann ein Impuls ausgehen, dass neue Bürgerzentren entstehen. Die Fördergrundsätze ermöglichen die Gründung neuer Bürgerzentren.

Wir, die CDU-Fraktion, finden es gut, dass nun einheitliche Kriterien für diese Förderung vorliegen. Das ist etwas, was wir auch schon früher einmal gefordert haben. Die Förderung anhand der Miete, der Nebenkosten inklusive Reinigung scheint uns eine angemessene, plausible und gerechte Förderungsart. Es ist klar geregelt. Der Betrieb und die Ausstattung eines Bürgerzentrums ist Sache der Betreiber.

Einleuchtend ist für uns auch, dass der Hauptausschuss das Gremium ist, das über die Förderung entscheidet. Das scheint uns nicht nur angesichts der Förderhöhe, des Volumens, sondern auch politisch angemessen. Der Gemeinderat ist trotzdem nicht außen vor, denn der Gemeinderat muss die Haushaltsmittel dafür zur Verfügung stellen. Insofern lobende Zustimmung von meiner Fraktion zu diesen Grundsätzen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Ich komme auch aus der Nordweststadt. Die vorliegende Beschlussvorlage stellt nach der Vorstellung der Bestandsaufnahme Bürgerzentren in den Stadtteilen vom Oktober letzten Jahres einen weiteren Meilenstein auf dem Weg

zur stadtweiten Gründung und Förderung von Bürgerzentren dar. Ein klares Bekenntnis, auf das viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch letztendlich Bürgervereine und Träger, Vereine gewartet haben.

Die Beschlussvorlage hat eine Vielzahl von Anregungen aus den Ortschaftsräten, aus den Bürgergemeinschaften, Bürgervereinen und aus deren Dachorganisation, der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine, aufgegriffen. Neben der aufgegriffenen Möglichkeit der finanziellen Förderung, sei es durch einen Mietzuschuss, wie der Kollege Dr. Käuflein sagte, oder durch die Förderung der Mietnebenkosten, möchte ich hier auf die genannten Förderkriterien eingehen.

Die Förderung von Bürgerzentren als Stätten der sozialen Begegnung und des bürgerlichen Engagements, sowie als Orte der Koordination der sozialen Anliegen der Bevölkerung. Trotz der mit der vorliegenden Beschlussvorlage aufgezeigten Möglichkeit einer finanziellen kommunalen Förderung bleibt das entscheidende Element für eine Weiterführung der Bürgerzentren die Bereitschaft der Menschen, sich in den Stadtteilen ehrenamtlich für diese Aufgabe zu engagieren, ein Engagement, das in keinsten Weise selbstverständlich ist und wofür wir den Menschen vor Ort, den Bürgerinnen und Bürgern in den Vereinen ausdrücklich danken möchten. Unser Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erarbeitung des vorliegenden Konzepts. Unabhängig hiervon sind weitere unterstützende Schritte erforderlich, um die Bürgervereine und Trägervereine bei der Erarbeitung eines tragfähigen und dauerhaften Nutzungskonzeptes zu unterstützen.

Als wegweisend sehen wir hier die Nutzung von trägerübergreifenden Synergien zwischen verschiedenen Trägern und Einrichtungen der ehrenamtlichen und gemeinnützigen sozialen Arbeit in den Stadtteilen und Quartieren an. Ein Beispiel hierzu wird im folgenden Tagesordnungspunkt diskutiert. Ein Weg, der nur durch die Erstellung stadtteils- und quartiersspezifischer Konzepte möglich sein wird. In einer sich zunehmend wandelnden städtischen Gesellschaft unter dem Eindruck einer weiteren Pluralisierung, Globalisierung und letztendlich auch Individualisierung der Gesellschaft auf der einen Seite, besteht auf der anderen Seite der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, sich in ihren Stadtteilen und Quartieren zu verordnen. Hierzu können Bürgerzentren in den Stadtteilen als zentrale Orte des sozialen Miteinanders beitragen.

Unsere Fraktion trägt diese Vorlage voll umfänglich mit. Unsere Stadt braucht lebendige Stadtteile, denn nur so kann Karlsruhe stark sein.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Reiff (GRÜNE): Die Grüne-Fraktion begrüßt die Einrichtung von weiteren Bürgerzentren. Bürgerzentren sind wichtig für die Stadtteilkultur und Begegnungsort für die Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Stadtteilen. Deshalb werden wir diesem und auch dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt zustimmen.

Im Nutzungskonzept der Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren freut uns, dass dieser von Ihnen schon angesprochene Punkt "Angebote für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen", der auf Anregung der Grüne-Fraktion eingebracht wurde, hier

nun eingegangen ist. Für die Einrichtung der Bürgerzentren ist uns wichtig, dass die in Tagesordnungspunkt 11 versprochene Evaluation nach einem Jahr stattfindet. Somit kann - egal welches Stadtteilzentrum untersucht wird - genau nachjustiert und unter Umständen Weichen neu gestellt werden.

Ich werde jetzt zu Tagesordnungspunkt 11 auch noch einige Dinge sagen, weil diese die direkte Auswirkung und der erste Antrag zu diesem jetzt zu behandelnden Tagesordnungspunkt 10 sind. Tagesordnungspunkt 11 werden wir zustimmen, aber langfristig gesehen würden wir uns wünschen, wenn die Trennung von Träger und Antragsteller mehr berücksichtigt werden könnte. Wenn Träger und Antragsteller nicht eine Person sind, kann das weiter bestehen und die Weiterentwicklung des jeweiligen Bürgerzentrums auch dann erfolgen, wenn einer der beiden Partner wegfallen sollte. Die schon erwähnte Evaluation halten wir auch für das geeignete Mittel, um nach einem Jahr - sofern notwendig - nachjustieren zu können. Wie erwähnt: Wir werden beiden Tagesordnungspunkten zustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion sieht sich in der Tradition der Bürgerhäuser und Begegnungszentren. Von daher finden wir es gut und richtig, dass Sie - das schreibe ich Ihnen ganz persönlich zu - die Bürgerzentren jetzt so verstärkt fördern.

Die Vorlage heißt "Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren in den Stadtteilen". Wir haben erwartet, dass auch hier wirklich nur die Grundsätze genannt werden. Wir sehen aber eine bis ins letzte Detail von Juristen, von der Verwaltung ausformulierte Vorlage, die unserer Meinung nach den jeweiligen zukünftigen Antragsstellern kaum Spielraum lässt. Von daher werden wir heute in dieser Form der Vorlage nicht zustimmen. Ich denke, wir beschneiden uns selber in Zukunft, wie wir auf die spezifischen Wünsche in den einzelnen Stadtteilen und auch die spezifischen Wünsche der potentiellen Betreiber der Bürgerzentren eingestellt sind. Daher sehen wir es als einen nicht richtigen Weg, dass wir hier so ins Detail gehen, fast schon satzungsmäßig. Wir hätten uns wirklich gewünscht, dass nur in einer Art Präambel die Grundsätze genannt werden, und dass man dann aufgrund dessen, was gebraucht wird, in die Details geht. Das ist ganz klar. Aber nicht hier über alle das gleiche Netz legen.

Von daher werden wir heute dieser Vorlage so nicht zustimmen können.

(Beifall bei KULT)

Stadtrat Hock (FDP): Kollege Cramer hat es mir jetzt vorweg genommen. Ich habe es hier unterstrichen: Die grundlegenden Kriterien, die man hier festlegt. Ich habe es mir gut durchgelesen und finde auch, man nimmt die Leute jetzt schon zu stark an die Kandare. Man gibt jetzt schon alles Mögliche vor. Meine Fraktion hätte sich auch gewünscht, dass man das mehr mit den Leuten vor Ort in den Bürgerzentren, die dann entstehen, festlegt. Man muss natürlich klarer Weise ...

(**Stadtrat Pfalzgraf/SPD:** Gestern war Ältestenrat. Da habt ihr kein Wort gesagt!)

- Wir stimmen zu, Kollege Pfalzgraf! Ich möchte es hier nur ausführen. Wenn ich nicht zustimmen würde, wie der Kollege Cramer, dann hätte ich vielleicht gestern etwas gesagt. Aber heute stimmen wir gerne zu.

Er hat natürlich Recht mit dem, was er hier ausgeführt hat. Da sind wirklich Dinge drin, da dreht es einem schon ein bisschen den Magen herum. Das ist alles bis ins kleinste Detail ausformuliert. Man hätte sich vielleicht von Seiten der Verwaltung doch noch etwas zurücknehmen müssen und dann auch in der Umsetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die die Bürgerzentren entstehen lassen, in die einzelnen Punkte einsteigen und dann auch die Formulierung anpassen müssen. Ich verstehe natürlich, dass man sagt, man will klare Richtlinien für alle haben. Aber Kollege Cramer hat in dem Fall Recht gehabt.

Meine Fraktion sieht es dennoch positiv, dass man jetzt auf diesem Weg die Bürgerzentren entstehen und auch die Unterstützung zukommen lässt. Deshalb wird meine Fraktion dieser Vorlage heute voll umfänglich zustimmen. Aber es muss möglich sein, Herr Pfalzgraf, dass man das eine oder andere heute im Gemeinderat auch noch einmal diskutiert, auch wenn wir gestern im Ältestenrat darüber ...

(Zuruf)

- Genau. Was absolut nichts damit zu tun hat. Deshalb diskutieren wir es hier. Entschuldigen Sie bitte, dass ich das noch angemerkt habe.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte nicht behaupten, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, meinen Gedanken gefolgt sind. Aber ich möchte behaupten, dass Sie ein Thema aufgegriffen haben, das mir sehr am Herzen liegt. Ich halte es für eines der ganz entscheidenden Themen, damit eine Stadtgesellschaft überhaupt funktionieren kann, dass Menschen in einer Stadt beheimatet sind. Deswegen ist es genauso wichtig, dass hier der soziale Kitt für eine Gesellschaft angerührt wird. Das Grundprinzip Ehrenamtlichkeit scheint mit unglaublich wichtig. Mit der Ehrenamtlichkeit können wir die Kräfte der Bevölkerung entfesseln und nutzbar machen für eine Stadtgesellschaft. Ich halte es für wichtig, dass Menschen verschiedenster Gruppierungen, sozialer Hintergründe, Menschen aus verschiedenen Generationen zusammenkommen können und hier ein Forum der Begegnung finden.

Ich muss sagen, jedes Bürgerzentrum ist ein Unikat. Ich empfinde nicht – es wurde auch nie so ausgedrückt –, dass hier ein Netz drübergelegt wird, das starr ist. Jedes Bürgerzentrum muss ein Unikat sein, weil unterschiedliche Menschen unterschiedliche Initiativen einbringen. Deswegen muss jedes Bürgerzentrum anders sein und wird jedes Bürgerzentrum anders sein. Ich empfinde es auch nicht so. Es ist eine bewegliche Sache, die man sicher immer wieder neu diskutieren muss, bei der man neu auf Situationen eingehen muss, die man jetzt nicht sieht. Aber grundsätzlich ist es ein guter Start, um es einmal in geeignete und geordnete Bahnen zu bekommen.

Ich danke sehr, Herr Oberbürgermeister, für diese Vorlage und stimme dem voll zu.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung. Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen: Wir legen hier kein Netz über die Bürgerzentren, was die inhaltliche Ausgestaltung betrifft, damit das nicht falsch rüber kommt. Es können hier sehr unterschiedliche Bürgerzentren entstehen. Eine einzige absolute Bedingung ist, dass sie letztlich offen sind für die verschiedenen Initiativen aus dem Stadtteil und dass es generationenübergreifende Angebote gibt.

Alles andere ist so formuliert, dass hier ein großer Freiraum entstehen kann, wie sich das dann in den einzelnen Stadtteilen weiter entwickelt. Es gibt hier sehr viel Wünschenswertes, was beschrieben ist, aber sehr wenig Verbindliches. Wo wir in der Tat – Herr Stadtrat Cramer – ein Netz drüber legen, ist, was die Bedingungen betrifft, die erfüllt werden müssen, bevor wir hier mit städtischem Geld Miete oder Mietnebenkosten für solche Bürgerzentren übernehmen. Das mag manchem zu aufwändig sein. Ich bin mir aber sicher, wer nicht einmal diese Voraussetzungen erfüllt, der würde ansonsten ein Risiko eingehen, mit der Erwartung, städtisches Geld zu bekommen, eventuell Mietverträge abzuschließen und ist am Ende nicht in der Lage, das auch wirtschaftlich zu schultern oder zu organisieren. Von daher brauchen wir hier eine gewisse formale Einstiegsschwelle, zum einen, weil wir den Bürgerinnen und Bürgern an anderer Stelle auch erklären müssen, warum wir hier überhaupt in die finanzielle Förderung eingestiegen sind. Wir müssen auch ein Stück weit mit denen, die an uns herantreten, abstimmen, dass es realistisch ist, mit diesen Mietausgaben und allem, was da noch dazu kommt – mit der Miete allein ist es nicht getan – so etwas auch mit einer einigermaßen Aussicht auf Erfolg betreiben zu können.

Das noch einmal zur Erklärung. Es hat aus meiner Sicht auch eine gewisse Schutzfunktion, dass man sich nicht zu sehr auf Unterstützungen einrichtet, und dann aber aus dem eigenen Betreiben heraus dauerhaft die Ziele nicht erreichbar sind. Aber wir sind sicherlich auch an der einen oder anderen Stelle noch mit dem nötigen Ermessensspielraum ausgestattet. Insofern würde ich Sie gerne auffordern, Herr Cramer und auch Herr Hock, wenn Sie der Meinung sind, dass unsere Kriterien am Ende dazu führen, dass irgendwelche Initiativen nicht zum Ziel kommen, obwohl sie es eigentlich verdient hätten, dann sprechen Sie bitte uns und auch den Gemeinderat wieder an. Das ist jetzt ein erster Einstieg in diese Thematik. Es ist der Versuch, es stadtweit zu regeln, damit es eine gewisse Vergleichbarkeit gibt. Aber hier ist keiner im Haus dagegen, das dann auch gegebenenfalls zu korrigieren. Ich für mich – wenn ich mir das durchlese – habe den Eindruck, es ist schon eine komplexe Sache, aber es ist kein Anspruch, der jetzt nicht erfüllt werden kann. Von daher halte ich das auch ausdrücklich für richtig und auch nicht für eine Vereinheitlichung in irgendeiner inhaltlichen Form. Das wäre in der Tat ein Vorwurf, der sehr kritisch wäre. Denn wir wollen nicht dieselbe Kultur in jedem Stadtteil durchdrücken, sondern wir wollen, dass da ganz unterschiedliche kulturelle Zentren entstehen. Das ist unser großes Ziel.

Dann können wir – wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt – zur Abstimmung kommen. Ich bitte Sie um das entsprechende Kartenzeichen. Ich sehe 5 Gegenstimmen, der Rest ist Zustimmung. Damit mit großer Mehrheit zugestimmt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
25. Februar 2015